

# Autonomistischer Zentralismus!

Von Reichsratsabgeordneten **Franz Jesser.**

Immer schärfer treten die Absichten der Regierung über die Ausgestaltung unserer Verfassung zutage. Die Thronrede sprach von der unerlässlichen Einheit des Staates, von den Reformen in den einzelnen Kronländern und von dem Festhalten an dem Dualismus, der Ministerpräsident lehnte in seiner Rede im Abgeordnetenhaus alle nationalen und autonomistischen Sonderwünsche ab, hob nachdrücklich hervor, daß an den bewährten Grundlagen des Staates nicht gerüttelt werden dürfe, weil jeder Versuch einer Durchführung der Sonderwünsche die Kräfte in endlosen und aussichtslosen Kämpfen aufzehren würde. Thronrede und Ministererklärung sicherten jedoch den Völkern freie nationale und kulturelle Entwicklung zu. In der Rede des Grafen Clam-Martinic im Herrenhause erhält die Absicht der Regierung eine programmatische Form: „autonomistischer Zentralismus“, das heißt Festhalten an dem Einheitsstaat, Festhalten an den Kronlands-einheiten, nationale Autonomie innerhalb der einzelnen Kronländer. Die Regierung verspricht den Angehörigen der einzelnen Völker weitgehende nationale Selbstverwaltung als Bürger des Gesamtstaates, lehnt jedoch die Selbstverwaltung in der Form von nationalen Sonderstaaten ab. Die Staatsbürger sollen unmittelbar Oesterreicher sein, nicht mittelbar.

Diese Regierungserklärung ist eine Ablehnung jener Formel von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker, welche die Entente geprägt hat, um unsere Monarchie künftig da-

durch unter ihre Kontrolle zu kriegen, daß sie einen nationalen Sonderstaat gegen den anderen und gegen die Regierung des Gesamtstaates ausspielen kann. Dem Selbstbestimmungsrechte der Völker wird das Selbstbestimmungsrecht des Staates gegenübergestellt. Der Staat besteht nämlich nicht nur aus den Völkern, sondern auch aus den geographischen Räumen, über welche die Völker verbreitet sind. Und sehr oft zwingt der gemeinsame Raum zwei Völker zusammen, die sich bisher nicht vertragen konnten. Gerade darin, daß sie so oft um diesen Raum miteinander ringen, kommt das höhere, meist nicht klar erkannte gemeinsame Interesse zum Ausdruck. Es gibt daher nicht nur Völkerinteressen, die der Staat zu berücksichtigen hat, sondern auch Interessen der Landschaften. Und da das Leben des Gesamtstaates aus dem Zusammenwirken der Landschaften und der Völker entsteht, so läßt sich der Staat nicht ohne gewalttätige Zerreißung uralter Zusammenhänge in seine Völkerbestandteile zerlegen, so wenig wie in seine landschaftlichen Teile. Die Völker zerreißen zwar die Länder — aber die Länder zerreißen auch die Völker, das heißt, die einzelnen Teile einer über mehrere Länder verteilten Nation haben unter der nationalen Gemeinsamkeit mit anderen Volksteilen auch zahlreiche räumliche Gemeinsamkeiten mit anderen Landesteilen, die von Angehörigen einer anderen Nation bewohnt werden. Die höhere Einheit, in welcher diese Mannigfaltigkeiten zusammengefaßt werden können, ist nur der Gesamtstaat. In diesem Sinne ist er als Einheitsstaat zu bezeichnen. In diesem Einheitsstaate ist eine Dezentralisierung der Verwaltung, eine stärkere Heranziehung der Bevölkerung zu den Verwaltungsgeschäften sehr leicht durchführbar. Ein nicht unbedeutender Teil kann den nationalen Selbstverwaltungs-körpern übertragen werden.

Müssen aber deshalb die einzelnen Völker zu besonderen staatlichen Gebilden, zu Unterstaaten, zusammengefaßt werden? Es ist unvermeidlich, daß die Verwaltung dieser Unterstaaten sich nicht dauernd mit der Pflege der reinen Kulturfragen begnügen wird, sondern daß sie ihre besondere Staatlichkeit auch in wirtschaftlichen und sozialen Fragen zum Ausdruck bringen wird. Unsere Industrie weiß ein Lied zu singen von der Züchtung nationaler Industrien in Ungarn und Polen durch Ausschließung deutscher Angebote. Ist eineervielfachung dieser Vorbilder wirklich wünschenswert? Die Folgen einer solchen völkerstaatlichen Umwandlung für die äußere Politik und für die Armee brauchen wir nicht zu schildern.

Gegen unser Eintreten für den Einheitsstaat wird von einzelnen deutschen Politikern eingewendet, daß diese unsere Sorge für das Staatswohl von der Regierung gewiß nicht gelohnt werden würde. Es sei daher besser, sich ebenfalls auf unsere völkische Häuslichkeit zu beschränken und die Sorge für den festen Zusammenhang der vielen Völkerstaaten der Regierung zu überlassen. Dagegen ist folgende Einwendungen zu erheben: Die eigenartige unzusammenhängende Verbreitung der Deutschen in Oesterreich macht die Zusammenfassung aller Deutschen zu einem deutschen Sonderstaat als Gegenstand zu dem räumlich geschlossenen tschechischen, polnischen und jüdislawischen unmöglich. Natürlich läßt sich eine staatsrechtliche Form finden — sie wäre jedoch nur mit kümmerlichem Leben erfüllt. Die deutsche Neigung zum Partikularismus würde gestärkt werden — wir würden in Landesmannschaften zerfallen, deren allgemeine politische Bedeutung gegenüber den großen slawischen Unterstaaten gering wäre. Das weiß die Entente und stellt die völkerstaatliche Umwandlung der Monarchie als Programm auf. Diese Liebe zur völkischen Selbstbestimmung sollte denn doch zu denken geben!

Wenn wir also den Völkerbundesstaat sowie jeden anderen Föderalismus ablehnen, so dürfen wir darum noch nicht das gerade Gegenteil — den starren zentralistischen Staat — verlangen. Wer unserem Volke einzureden versucht, daß künftig die Deutschen in Oesterreich als Herrenvolk über beherrschte Völker walten werden, macht sich einer absichtlichen Irreführung schuldig. Uebrigens hat es niemals einen derartigen Zustand in Oesterreich gegeben — denn auch im Vormärz war nicht das deutsche Volk, sondern die deutsche Sprache und die deutsche Kulturform alleinherrschend. Die deutsche Masse war politisch ebenso rechtlos wie die nichtdeutsche. Gegen den starren Zentralismus sprechen sich aber auch die meisten deutsch geleiteten Kronländer aus. Und endlich hat die Kriegswirtschaft die Mängel einer übermäßigen Zentralisation gelehrt.

Auf die Gefahr hin als Regierungsmann verschrien zu werden, erkläre ich ungescheut, daß ich den Gedanken des autonomistischen Zentralismus für jenen halte, der tatsächlich ohne allzu große innere Erschütterungen durchzuführen ist. Wir verhehlen uns nicht, daß auch wir Deutsche manche Opfer zu bringen haben werden, und daß heftige Kämpfe im eigenen Lager, wahr-

... des Verhältnisses ...  
 ... vom ...  
 ... der ...